

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das
Kreisamt zu Tharandt.

Berichterstatter: Amt Wilsdruff Nr. 6

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
vertreten zu Tharandt.

Vorsteher-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 16

79. Jahr.

Mittwoch den 21. Januar 1920

Sonntagsruhe in Apotheken betreffend.

Apotheker, die den Betrieb ohne Gehilfen führen, dürfen an Sonn- und Feiertagen von 1-8 Uhr nachmittags ihre Apotheken ganz ohne Dienstbereitschaft schließen, wenn sie den auf sie angewiesenen Arzten bis nachstehend unter 0 verzeichneten Arzneimittel zugänglich machen, die für eilige Fälle in Frage kommen. Die Zeit des Laden-schlusses ist durch Anhänger bestimmt.

Ausgenommen hieron sind solche Apotheken, für welche nach Artikel 3 der Reichsverordnung über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken vom 5. Februar 1919 (RGBl. Seite 176) von der Kreishauptmannschaft wechselseitiger Ladenschluss mit einer benachbarten Apotheke angeordnet ist.

Ziffer 8 der im Dresden Journal 1905 Nr. 78 bekanntgegebenen Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. März 1905, Sonntagsruhe in den Apotheken betreffend, findet damit ihre Erledigung.

Dresden, am 15. Januar 1920.

564aIVMb
Ministerium des Innern.

Cocainlösung,
Morphiumlösung,
Atropinlösung 0,01 : 10,0,
Apomorphinlösung,
Diphtherieheilserum,
Opiumtinktur,
Magnesia usta,
sulfurica,
Phenolphthaleintabletten,

Secale cornutum (bzw. ein Präparat davon),
Eisenchlorid,
Oleum camphoratum forte,
Alkohol (Cognac),
Chloroform,
Senfpapier,
Sublimatpastillen,
Verbandmittel, einschließlich
2-3 Brandbinden.

mertungen über die der Amtshauptmannschaft zuzuhende Abfuhrmenge für die Monate Februar und März bereits festlos veröffentlicht worden ist.

Weitere Vormerkungen für Monat Februar und März können daher auf beide Gruben nicht mehr erfolgen.

Meißen, am 19. Januar 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Donnerstag den 22. Januar 1920 abends 7 Uhr

öffentliche gemeinschaftliche

Sitzung des Rats und der Stadtverordneten

anschließend

öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungs-Gebäude aus.

Wilsdruff, am 20. Januar 1920.

Der Bürgermeister.

Für Minderbemittelte.

Die Auszahlung der monatlichen Leuerungsbeihilfe auf Monat Januar findet

Mittwoch den 21. Januar 1920, 9-1 Uhr

in der Stadtkaasse statt.

Die im Dezember zugestelltene Benachrichtigung ist vorzulegen.

Wilsdruff, am 20. Januar 1920.

Der Stadtrat.

Grumbach.

Wie noch rückständigen Steuern auf das Jahr 1919 sind bis spätestens den 24. Januar 1920 an die Steuereinnahme zur Vermeidung von Zwangsbetreibung abzuführen.

Grumbach, am 19. Januar 1920.

Der Gemeindevorstand.

Landabfuhr von Braunkohlenbriketts.

In den letzten Tagen haben sich die Anträge auf Ausstellung von Landabfahrtscheinungen zum Bezug von Kohle von dem Braunkohlenwerk in Plaßna sowie von Mühlenberg in Rückenberg so außerordentlich gehäuft, daß durch die angenommenen Vor-

dieses Mannes bei allen Armen und Verlaßenen, bei den bürgerlichen und militärischen Gefangenen im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen der Republik genügte, um auch den Gleichmäßigen bis zu hohen Nutzenbrüchen zu reisen. Die Mühseligen und Beladenen hatten nur Mühe für den Mann, dessen harde Kunst sie mochten, manchmal durch die Gefangenisse schleife, und alle Unterschiede des Standes und Berufs, der Wohnung und Gesinnung verschwanden vor der sengenden Hitze des Ofens, mit dem sie in ihrem Elend dieses Menschenschänders gedachten. Nicht als einer möchte ich im Falle gelöst haben, nach wieberzeugter Freiheit sich Herr Clemenceau einmal in der Nähe etwas genauer anzusehen, und diese Begegnung wäre ihm vielleicht nicht gut bekommen, auch wenn er irgendwie mit allen Sicherungen umgeben worden wäre, die dem Staatschef geboten. Allo war es lang und weise, den Waffen zu wagen, daß es auch in Frankreich noch ein Mal in den Dingen gibt. Mit der gleichen Gnadenlosigkeit, die den bürgerlichen Menschen willig ist, haben Sieben aufgesägt und hat sich nun das jetzt fallen, und kann sich danach vor dem Hölle räumen, einen Tyrannen gefangen zu haben, gerade in dem Augenblick, da er seine Macht bis zum Ende seiner Tage benötigt hat haben könnte. Das macht einen guten Eindruck, bestätigt die Wogen der Empörung, die auch in Frankreich unter den Nachrichten des Krieges immer höher ansteigen und — erleichtert Herr Deschanel und seinen Getreuen die Ausübung des Sieges, den sie über den gefangenen Siegern erhielt, im letzten Augenblick noch, errungen haben. So kann man hören, eine kleine Weile wenigstens von der Soupe der Hoffnungslosigkeit umhüllt zu werden.

Wie weit diese Rechnung stimmen wird, kann wohl nur ein genauer Kenner des französischen Volksdienstes voraus sagen. Möglicherweise wird gerade die entgegengesetzte Meinung eintreten, daß nach Beleidigung des gefangenen Tyrannen die von ihm gebündigten Kräfte um so wilder aufzugehen werden. Aber das ist eine Frage, die schlichtlich in erster und wohl auch in leichter Reihe nur die Franzosen angeht. Für uns jedenfalls muß es keinen Unterschied, ob Herr Clemenceau oder Herr Deschanel den Präsidentenposten im Elsass einzunehmen. Auch von dem neuen Herrn müssen wir nur zu gut, daß er ein Einzelheit ist, wie er im Buche steht, ein verdienstvoller Held des deutschen Volkes, ganz und gar abgedrängt von der Überzeugung, daß wir erniedrigt werden müssen, wenn der Ruhm des französischen Volkes höher und immer höher steigen soll. Ein Mann mit glatterer Form, gefälligerem Wesen als sein Vorgänger, um den Ehrenplatz an der Spitze der Nation, duldet aber zu so gefährlicher für alle Menschen, die nichts Gutes von

ihm zu erwarten haben. Was Clemenceau der nahezu vorbildliche Ministerpräsident in Zeiten des Krieges, so ist Deschanel der geborene Präsident für den Friedensstaat, der jetzt begonnen hat — man muß also, wenn auch noch so widerwillig, den Franzosen das Kompliment machen, daß sie es schon verstehen, die richtigen Männer an die richtigen Plätze zu stellen.

Um die Auslieferung Wilhelms II.

Das Urteil des holländischen Juristen.

Der bekannte französische Jurist Clemet hat mit holländischen Juristen, die der Regierung im Haag nahestehen, Fühlung genommen und fügt deren Meinung folgendermaßen zusammen:

Artikel 4 der holländischen Verfassung schert allen, die auf holländischen Boden befinden, gleiche Rechte und Schutz ihrer Bürgerschaft und Güter zu. Staatsangehörige und Ausländer sind gleichgestellt. Dieser Grundzog wird die Auslieferungsfrage vor allem beherrschen, und er wird auch in dem Auslieferungsabkommen mit Frankreich, England und den Vereinigten Staaten ausdrücklich erwähnt. Jedes Gericht hat Auslieferungsrecht von der holländischen Regierung nach Freiheit und Abkommen geprägt werden. Die erste Bedingung ist die, daß das Vergehen, für welches die Auslieferung verlangt wird, in dem Gesetz oder dem Abkommen erwähnt ist. Die Verlegung der internationale Moral, welche in Artikel 227 des Friedensvertrages erwähnt wird, steht nicht auf der Liste der kraftvollen Vergehen in der holländischen Verfassung und auch nicht in dem holländischen Abkommen. Ebenso wenig aber steht diese Handlung als Vergehen in den Strafgesetzen des Reichs, die die Auslieferung verlangen. Daher kann Haßfeld nicht gerichtlich bei der Bestrafung einer Tat mithilfen, die nicht unter Strafe gestellt ist. Der zweite Einwand geht darauf hinzu, daß die Tat, deren der Kaiser beschuldigt wird, eine politische ist, und es steht ferner fest, daß politische Verbrechen oder Missbildung an politischen Vergehen kein Grund für eine Auslieferung sind. Dies wird in allen Auslieferungsverträgen anerkannt. Es geht hier um hohe internationale Politik. Die Verfolgung des Kaisers wird von politischen Gegnern verlangt, und das Urteil soll von einem Gerichtshof gefällt werden, der aus Vertretern der Mächte besteht, deren politischer Feind der Angeklagte ist. Die Bestimmung, daß der Kaiser ein Recht auf Vergebung erhalten soll, gibt seiner Sicherheit das Recht, daß das Urteil unanfechtbar sein wird. Man fordert den Prozeß auf Grund eines Vergebens gegen internationale Regel. Über was internationale Moral

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Kleine Zeitung für eilige Lejer.

* Stadt und Befestigung Thorn sind von polnischen Truppen besetzt worden.

* Vor dem Berliner Gericht begann am Montag der Verhandlungskampf Erzberger gegen Helfrich.

* Die deutsch-demokratische Partei stellt für die nächsten Reichstagswahlen den bekannten Großindustriellen Karl Brieskow v. Siemens als Kandidaten auf.

* Die Friedensverhandlungskommission in Paris hat mit ihren Arbeitsschichten begonnen.

* Die Note mit dem Schreiben der Entente zu Holland, Wilhelm II., auszulöschen, ist jetzt veröffentlicht worden.

* Die holländische Regierung hat Deutschland einen Kredit von 200 Millionen Gulden gewährt.

Grenzenwechsel in Frankreich.

Der alte Sturm unmittelbar vor dem Stil seiner höchsten Schnellheit wird dem grimmigen "Tiger" Clemenceau wohl schneller getroffen haben als irgendein noch so fiktives Bildnis während des Krieges, auf dessen Herbstföhrung die beste Zeit seines Daseins gerichtet war. Hatte er sich, nach andlich errungenen Siege, vor der Kammer glorios präsentiert, da die Vorlesung ihn dann außersehen habe, der Gedanke seines Volkes Erfüllung zu verschaffen, so sehr fühlte doch, daß selbst bei einem Neumundsfeierabend die Weltheit der alten Freuden noch zurücke kam, daß niemand vor seinem Tode glücklich zu preisen ist. Auch diesen Rohr läßt man gehen, nachdem er seine Schuldigkeit getan, trotzdem im Gedächtnis Frankreichs gewiß niemals verloren wird, was die Republik ihm zu verdanken hat. Über man kann nicht nur, man will jetzt auch ohne ihn auskommen — und weiß vielleicht ganz gut, was man tut. Denn von allen Verteidigern, Unterstützern und sonstigen Menschenköpfen unter den maßgebenden Parteien und besonders in den Reihen der führenden Männer Frankreichs abgesehen, die Verantwortung des unerwarteten Grenzenwechsels faulierten vermutlich die feindselige Stimmung zur Gentige, die sich in den unteren Schichten des Volkes während des Krieges gegen den gewaltigen und nur zu gewaltigen Ministerpräsidenten angenommen hatte.

Die "Mugenzabschüsse" hatten lange Zeit honoriert gar keine Ahnung; die höchsttreue Kenntnis der Clemenceau-Vertreter führte daran, daß von diesen Dingen wie von so manchen anderen, die uns sehr interessiert hätten, auch nicht die leiseste Spur über die Grenze dringen konnte. Bis wir uns zusammengetan haben, daß schon der blaue Name

eigentlich ist, daß es auch eine sehr trittige Frage ist, und man hat auch niemals eine strafrechtliche Verfolgung wegen der Verleugnung der nationalen Moral eingeleitet. Kein Mensch kann bestraft werden, es sei denn auf Grund vom Gesetzen, die bereits bestehen oder bestanden haben, bevor das Vergehen verübt wurde. Das ist einer der Grundsätze der Menschenrechte, und er wird in allen städtischen Ländern als Grundlage des Strafgesetzes angesehen.

Die Entente-Konferenz an Holland.

Durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz ist dem Gesandten der Niederlande in Paris folgende, von Clemenceau unterschriebene Note, überreicht worden:

"Mit dem vorliegenden Schreiben an die königlich niederländische Regierung notifizieren die Mächte den Text des Artikels 227 (beiliegend beigelegte Kopie) des am 10. d. M. in Kraft getretenen Friedensvertrages mit Deutschland. Sie haben gleichzeitig mitzutun, daß sie bestreben haben, unverzüglich die Verkündigungen dieses Artikels durchzuführen. Unzgodessen richten die Mächte das offizielle Schreiben an die Regierung der Niederlande, ihnen den ehemaligen Kaiser Wilhelm von Hohenzollern zur Aburteilung auszuziehen."

Die in Deutschland wohnhaften Personen, gegen die die ältesten und ältesten Mächte Anklage erheben, müssen ihnen gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages unter den gleichen Bedingungen wie der deutschen Regierung ausgeliefert werden. Die niederländische Regierung ist daran interessiert, daß die reichlich überlegten Verleugnungen der internationalen Verträge und die schematische Nachrichtung der heiligsten österrömisches Bestimmungen in Bezug auf alle, einschließlich der höchstehenden Persönlichkeit, die durch den Friedensvertrag vorgesehene besondere Würdigung erfahren. Die Mächte erinnern hier an die unter so vielen Verbrechen erfolgte Verleugnung der Neutralität Belgien und Luxemburgs, an das vorbarbare und unerlässliche System von Geiseln und Massen deportationen, an die Entfernung der jungen Mädchen aus Ägypten, die ihren Familien entflohen sind, und ohne Schutz dem schlimmen Zusammenleben beider Geschlechter überlassen wurden, an die militärische Verwüstung ganzer Gegendungen ohne militärische Notwendigkeit, an den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und an das unmenschliche Taten gegen die Rüstungsfabriken, die von den deutschen Behörden als gegen die Kriegsgefechte verstohend anerkannt wurden.

Hier alle diese Taten geht die Verantwortlichkeit, wenn sie die moralische, hinauf bis zum obersten Führer, der sie ermöglicht oder seine Befugnisse missbraucht hat, um das heilige Empfinden des menschlichen Gewissens zu verleihen oder verleihen zu lassen.

Die Mächte können sich nicht vorstellen, daß die Regierung der Niederlande daran denken könnte, die von dem ehemaligen Deutschen Kaiser auf sich geladene schwere Verantwortung auf sich zu nehmen. Holland würde seine internationale Pflichten nicht erfüllen, wenn es sich nicht den anderen Mächten anschließen würde, um die begangenen Verbrechen zu verfolgen, oder wenn es ihre Bestrafung hindern würde.

Indem dieses Schreiben an die niederländische Regierung gerichtet wird, glauben die Mächte, dessen besonderen Charakter hervorheben zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des Artikels 227 überzutragen, ohne sich dabei durch ein Argument aufzuhalten zu lassen, weil es sich nicht nur um eine persönliche Anklage von gewöhnlichen juristischen Charakter, sondern auch um eine internationale Aktion handelt, die durch das Völkerrecht geboten ist. Die vorgesehenen Rechtsnormen bieten mehr Garantie als das bisher geltende Recht. Die Mächte begrenzen die Überzeugung, daß Holland, das seine Achtung vor dem Recht und der Gerechtigkeit bewiesen hat und als eine der ersten Nationen im Völkerbund einen Platz fortwerte, nicht durch seine moralische Autorität die Vergewaltigung der wehrlosen Grundsätze der internationalen Solidarität der Nationen und deren Macht, da es wie alle anderen ein Interesse daran hat, die Rückkehr einer solchen Katastrophe zu verhindern. Die niederländische Regierung ist in hohem Maße daran interessiert, nicht den Schein zu erwecken, als ob sie den Hauptverbrecher

bestrafze, indem sie ihm Zuflucht auf ihrem Gebiet gewährt, sondern den Anschein, daß sie das Gericht, das von Millionen von Stimmen von Dingen verlangt wird, erleichtert.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge

Fürsorgeausschüsse.

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 15. Januar 1920 hat die bisher gültige Erwerbslosenfürsorge eine bedeutende Änderung gefunden. Als Ziel der Fürsorge wird die Beseitigung der Erwerbslosigkeit durch Aufnahme von Arbeit bezeichnet, und nur soweit dies Ziel nicht erreicht werden kann, soll Unterstützung gewährt werden. Erwerbslose sollen grundsätzlich an ihrem Wohnort vom 1. August 1914 zurückkehren. An einem anderen Orte darf ihnen die Fürsorge nicht länger als vier Wochen gewährt werden, es sei denn, daß sie an dem neuen Wohnort einen gemeinschaftlichen Haushalt begründet haben oder die Rückkehr in den früheren Wohnort tatsächlich undurchführbar ist. Das Fürsorgealter ist von 14 auf 16 Jahr heraufgesetzt. Außländer wird nur bei verbürgter Gegenleistung Erwerbslosenfürsorge gewährt. Den Fürsorgeausschüssen, denen die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt, wird zur Pflicht gemacht, in engster Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweisen darauf hinzuwirken, daß den unterstützten Erwerbslosen mit umfassender Beschleunigung geeignete Arbeit vermittelt wird. Die Verordnung tritt am 1. Februar 1920 in Kraft.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Einzug der Polen in Thorn. Der Einmarsch polnischer Truppen der pomeranischen Division erfolgte dieser Tage, nachdem diese an der Stadtgrenze vom Vorsitzenden des polnischen Volksrats, dem zum kommunistischen Stadtrat ernannten Rittergutsbesitzer von Gartlins-Gatzkow, sowie am Bahnhof vom Präses des Thüringer polnischen Volksrats Dr. Steinborn begrüßt worden waren. Auf der Straße waren zahlreiche Ehrenposten errichtet. Mandate Häuser waren mit roten Fahnen geschmückt. Unter Gefüllte der Bögen der katholischen Kirchen bewegte sich der Zug zum Rathaus. Nachdem die Truppen am Alten Markt Aufstellung genommen hatten, erfolgte im Saale die Übergabe der Stadt durch Oberst Strumski, der abschließend vom Balkon des Rathauses eine Ansprache an die Soldaten und Volksmenge hielt. Abends fand in allen katholischen Kirchen ein Te Deum statt. In der Nacht hatte der polnische Volkerrat polnische Straßenbezeichnungen an allen Straßen angelebt.

* Die bayerischen Demokraten gegen die Auslieferung. Die bayerische demokratische Landtagsfraktion brachte den Antrag ein, die bayerische Regierung möge bei der Reichsleitung dahin wirken, daß von dieser alles geschieht, um die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Auslieferung, deren Ausführung Regierung und Volk mit unmissverständlichem Schwung bedenken müßte, nicht zur Ausführung gelangen zu lassen.

* Abreise Nadel. Nadel ist am 18. d. Mts. durch den, die Beamte begleitet an der polnischen Grenze eingetroffen und hat von dort aus die Weiterreise nach Sowjetrußland angetreten. Mit der Rückgabe der für ihn von Sonderstaat festgehaltene Gefelin Franz Kleinow, Adolf Heimann, Karl Rusel, Leo Schön, Max Schön, Ottomar Seizing und Bruno Bertram kann demnächst gerechnet werden.

Frankreich.

* Der heilige Krieg des Islam. In Paris sind an amtlicher Stelle Nachrichten eingetroffen über eine nationale Erhebung des Islams, die zum Teil schon im Gang ist. Die türkischen und arabischen Mohammedaner haben gegen die europäischen Eindringlinge den "heiligen Krieg" erklärt. In Anatolien sammeln sich starke Streitkräfte, um den Kampf gegen Engländer und Franzosen aufzunehmen.

Italien.

* Die unbrauchbare österreichische Flotte. Wie bekannt wurde, haben die Schlepper, die nach Cattaro entlandt worden waren, um die österreichischen Schiffe nach

Visca zu bringen, diese in einem schlechten Zustand gefunden. Es handelt sich um drei Kreuzer, zwölf Torpedoboote und vier Torpedojäger, die derartige Beschädigungen aufweisen, daß ihre Wiederherstellung nur sehr schwer sein dürfte.

Der Parteitag des Zentrums.

Berlin, 19. Januar.

Zum ersten Male nach der Revolution tritt das Zentrum in einem Reichsparteitag zusammen, um zu den vergangenen und kommenden Dingen Stellung zu nehmen. Die Tagung findet im Reichstagssaal statt. Nach einigen Begrüßungsreden des Vorsitzenden der Nationalversammlungsfaktion, Abg. Trimborn, wurde Präsident Debennecourt zum Vorsitzenden der Verhandlung gewählt. Er widmete dem verbotenen Vorsitzenden der Zentrumspartei, Abg. Großer, einen längeren Plauder. Er ging dabei auch auf die allgemeine Parteipolitik ein. Der Redner warf einen Rückblick auf die politischen Ereignisse seit dem 9. November 1918. Das Zentrum habe die Aufgabe gelöst, die Einheit des Reiches, die durch die Revolution gefährdet war, herzustellen. Aber nachdem dies getrieben sei, befiehle die Konservativen eine größere Selbstständigkeit im Rahmen des Reiches zu geben.

Zentrum und Friedensvertrag.

Abg. Trimborn redigierte zunächst die Stellung des Zentrums gegenüber dem Friedensvertrag. Die grüne Sorge möge jetzt sein, daß man alles daran gehe, um das Reich vor dem Feind zu bewahren, in dem sich Deutsch-Ostpreußen befindet. Das Ernährungsproblem sei zunächst das allerwichtigste. Die Worte müßten lauten: Unter allen Umständen die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Gegenüber den Bürgern in der Revolutionzeit sei wieder eine gewisse Ordnung eingetreten. Trotzdem sei noch nicht alle Freiheit verloren. Das Zentrum habe die Regierung auch deshalb unterstützt, damit das Reich möglichst schnell wieder geordnete Verdankungen erledige. Die Börse vom 18. Januar hätten mit unerschöpflicher Deutlichkeit gezeigt, wie groß noch die Gefahr sei. Durch die Verfassung sei die Republik festgestellt. Damit sei ein wesentlicher Grundstein der Zentrumspartei gelegt. Die Partei habe ihre Schwenkung vollzogen, weil es das Wohl des Vaterlandes erforderte, sich auf den Boden der Verdöhnung zu stellen. Die Republik müsse jetzt zeigen, ob sie wirklich die bessere Staatsform sei. Alle Freiheiten.

die Monarchie

auf einem anderen Wege als dem verfassungsmäßigen wieder zurückzufinden, lehne das Zentrum grundsätzlich ab. Der Redner ging dann auf die Stellung Preußens im Reich ein, das jetzt im Reichstag aufgegeben müsse; denn es habe seine Mission erfüllt. In letzten weiteren Ausschreibungen beschäftigte sich der Redner mit der Abolitionierung der bayerischen Volkspartei. Er forderte seine Überredung darüber aus, daß ein einzelner Mann es fertig brachte, das bayerische Zentrum zum Austritt aus der Reichstagsfraktion zu veranlassen.

Erzberger gegen Helfferich.

(Erster Tag.) Berlin, 19. Januar.

Der mit so großer Spannung erwartete Beleidigungsprozeß des Reichsministerialpräsidiums Erzberger gegen den früheren Staatssekretär Helfferich begann heute morgen im großen Schöffengerichtssaal des Landgerichts I in Potsdam. Es wird mit einer mindestens vierzehntägigen Dauer der Verhandlung gerechnet.

Derandrang zum Sitzungssaal war außerordentlich groß. Vor dem Gebäude standen Beamte der Sicherheitspolizei. Der als Nebenkläger zugelassene Minister Erzberger ist anwesend, ebenso der Angeklagte Staatssekretär A. H. Helfferich mit ihren Rechtsberatern. Landgerichtsdirektor Baumback leitete die Verhandlungen.

Der Vorsitzende verneint zwei auf den Zeugenbanken stehende Sekretärmeister aus dem Saal, von denen der Anwalt Erzbergers, Geheimer Justizrat Gordon, erfuhr. Sie seien dem Minister Erzberger vom Staatskommissar zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung angezeigt. Landgerichtsdirektor Baumback beruft dabei für den Schluß im Saal werde er sorgen. Dann mahnt der Vorsitzende beide Parteien zur größten Sachlichkeit und teilt mit, daß man in jeder Woche vier Tage verhandeln wird.

Helfferich will den Wahrheitssatz führen.

Nach Verlesung des Beschlusses zur Eröffnung des Hauptverfahrens fragt der Vorsitzende Staatssekretär Helfferich, ob er vertrete, die betreffenden Artikel geschrieben zu haben.

Und nun ging sie rasch vorwärts bis zu dem Bogen, neigte den kleinen Kopf mit einem lächeln "Gute Nacht!" und schlüpfte hinein.

Das Rollen verlangt in dem schwierigen Garten; der Mann dort, der dem Wagen nachgeschaut hatte, schritt nun langsam auf dem Fußwege außerhalb der Parkmauer dahin, dem Walde zu, als wollte er sich auf einsamen Spaziergang aus.

"Alice," flüsterte leidenschaftlich Prinzessin Helene und kam hinter dem Baumstamm hervor, "Alice, er ist mir ihr gefahren!"

"Durchlaucht, nur eine Ritterpflicht."

"O, ich kann das aber nicht ertragen, Alice. Was tut sie hier? Was wollte sie? Alice, so sagen Sie doch ein Wort!"

Das erregte Flüstern der Prinzessin war in heftiges Sprechen übergegangen.

"Aber, mein Gott, Durchlaucht," begann die schöne Frau, als könne sie vor schmerlichem Staunen nicht Worte finden, "was soll ich sagen? Ich bin selbst überzeugt und halbgelaufen!"

Die Prinzessin eilte vorwärts bis zum Parktor; dort stand eine alte Sandsteinbank und sie kniete hinter dieselben im Dunkeln zur Erde und wartete, wartete, wartete mit lebendigen Füßen — auf seine Wiederkehr. Frau von Bergs Stimme erschallte verzweifelt durch den dunklen Schwulen Garten. Sie sang endlich hinauf und lächelte in ihren großen Stellspiegel, indem sie am ihr volles Haar das losen Tuch schlang, das sie übermorgen tragen wollte als Italienerin. Die Prinzessin kam erst nach Stunden zurück, mit bleichem Gesicht und verweinten Augen. Sie schielte nicht einen Augenblick in dieser Nacht.

Kapitel 10.

Das Fest in Neuhaus war auf seinem Höhepunkt angelangt. Der warme Sommerabend, ohne jede Zugluft, machte es leicht der lebenden Herzogin möglich, im Freien zu kleiden. Die Purpurvorhänge des Zelles, das unter den Linden unseres Tanzsaales stand, waren weit zurückgedreht; sie lehnte dort im bequemen Sessel, umgeben von einem dichten Kreis von Damen und Herren. Das wunderbare Licht, welches Dämmerung, Mondchein und Hunderte von farbigen Laternen schufen, ließ ihr schmales Gesicht unter der schwarzen, mit Brillanten besetzten Spitzenmütze noch blässer erscheinen als sonst, und die Augen lebhafter und glitzernder. Sie trug ein granatrotfarbenes Kleid mit dem Spitzensaum und das schwere goldfarbene Joch der Andaluzierin. Man hatte ihr ein weißes ländliches Kostüm zu führen gebracht; auf den schmalen schwarzen Kleidstrümpfen klebten Brillantschnallen. Sie sah schön aus heute abend, sie wirkte es.

Sie kamen raschen Schrittes nebeneinander daher; vor ihnen huschte ein Schatten hinter einem der riesenhaften Bäume, ein zweiter folgte nach. Er hatte es wohl nicht bemerkt, Klaudine aber war unwillkürlich stehen geblieben. "Sehen Sie nicht?" fragte sie angstvoll.

"Nein!" erwiderte er.

"So war es wohl eine Sinnestäuschung?" entschuldigte sie sich.

Das Eulenhaus.

43) Roman von G. Marlitt.

Wundervolle Geschichte, die kleine eiserne Geschichte durchdringt ausgewählte diejenige zu sein, die das Gesetz soll proaktiv, proaktiv! sagte er bestimmt und ging ins Zimmer auf und ab. Das konnte auch nur ein Wiederholer ausmachen. Es gibt einen Knalleffekt, einen vielfältigen, schönen Kludine! Die Söhne des Residenzschlosses sehen dich nicht wieder. Unmöglich für immer! Rothar deutet sowieso nicht an sie, dieser Domänenarzt mit seinen fürstlichen Freizeiten; wie die Berg zurück kommt, ist mir nicht. Beide lachten herzlich und füllte sie.

"Kun," rief sie in die Dunkelheit hinein, "wer hat denn recht, Rothar? Mein Gang ist gar nicht einmal nötig."

Kludine erwiderte; am Fenster hatte sich eine Gestalt erhoben. Um ihre Stirn starrte es hell. "Die Herzogin bezahlte," sagte sie stotternd.

"Es ist außerordentlich liebenswürdig von Ihrer Hoheit," sprach er, und seine Stimme klang sonderbar heiser; "aber eben etwas auch Seine Hoheit mit die Ehre, die bereits erholt ist." Kludine griff in das Polster des Sessels; sie litterte höchst, aber sagte kein Wort. Welch peinlicher Hass!

"So lege dich doch," drängte Beate; "man sieht und hört ja jetzt nichts mehr voneinander. Ich habe begreiflicherweise wenig Zeit; aber du du einmal hier sitz, hilf mir die Tischplatte ordnen; ich sehe ja alle diese Menschen nicht, die da eingeladen sind und zugelassen haben."

"Berg, Beate; ich habe etwas Hochschoch und der Wagen wartet draußen," sagte Kludine ablehnend und wandte sich zum Gehen. "Zog doch losen," seite sie dann hinz, als empfände sie die Unart, Beate diese kleine Geselligkeit zu verjagen.

"Natürlich!" pflichtete Rothar bei. "Mitunter bringt der Bußall das große Los und erhält fromme Wünsche. Darf ich mit gestalten, Sie zu Ihrem Wagen zu geleiten?" Beate seufzte wirklich ein wenig; sie klickte zerkleinert. Rothar schritt neben dem erregten Mädchen durch die erleuchtete Halle in den Garten hinaus. Sie sprachen nicht miteinander.

Im Schlosse war die ganze Fensterreihe des ersten Stockes erleuchtet; Prinzessin Helene liebte Licht, viel Licht. Sie hatte sich früh von der Tafel zurückgesogen, um Roseline anzuprobieren". Der Schein, der von dort herüberfiel, verdrehte sich noch das Dunkel der Bäume. Die Lindenblätter dufteten süßlich; es war ein warmer feuchter Sommerabend, der Mond verbarg sich hinter dunklen Wolken.

Sie kamen raschen Schrittes nebeneinander daher; vor ihnen huschte ein Schatten hinter einem der riesenhaften Bäume, ein zweiter folgte nach. Er hatte es wohl nicht bemerkt, Klaudine aber war unwillkürlich stehen geblieben. "Sehen Sie nicht?" fragte sie angstvoll.

"Nein!" erwiderte er.

"So war es wohl eine Sinnestäuschung?" entschuldigte sie sich.

SLUB

Helfferich: Ich gestehe mich zu diesen Mitteln. — **Vorl.:** Wollen Sie den Wahrheitsbeweis antreten? — **Helfferich:** Jawohl, den vollen Wahrheitsbeweis. — Es erfolgt darauf die Verleugnung von Helfferichs bekannter Bruchstelle „dort mit Erzberger“.

Bei der Verleugnung des Berichts des Rundfus Bacelli an den damaligen Reichslandrat Michaelis unterbricht der Vorsthende mit der Bemerkung, daß Reichsanwalt Dr. Alberg den Antrag gestellt habe, diese Berichte nicht mehr zu vertreten, da sie bereits bekannt seien. Reichsfinanzminister Erzberger: „Diese Berichte stimmen nicht mit dem amtlichen Stenogramm überein.“ Als der Vorsthende darauf ausweist macht, daß sie dem Reichslandrat entnommen sind, sagt Reichsanwalt Dr. Alberg, daß der Reichsfinanzminister ihn darüber nochher zu äußern habe, so der im Reichsangeklagter verbliebene Bericht nicht von ihm fortgesetzt worden sei. Die Verleugnung wird fortgesetzt bei den in der Anzeigung gegen Erzberger gerichteten Artikeln und den Anwörtern Erzbergers in der Deutschen Allg. Zeitung.

Nach Beendigung der Verleugnung betonte der Vorsthende, es sei mindestens wert, daß eine Reihe von Tatsachen, deren Erörterung nicht im Interesse des Rechtes liege, bei der Verhandlung nicht zur Sprache kommen.

Die Verhandlung wird darauf aus morgen verlegt.

Ernährungsprogramm der Landwirtschaft.

Gegen die Ernährungswirtschaft.

Die vier wirtschaftspolitischen Verbände der deutschen Landwirtschaft (Bund der Landwirte, Deutscher Landbund, Vereinigung der deutschen Bauernvereine und Deutscher Bauernbund) hielten mit Vertretern der vier bürgerlichen Parteien von Reichs- und Landtag eine Beratung über unsere Ernährungswirtschaft ab. Die Verbände stellen folgende Forderungen auf:

1. Die Viehwirtschaft soll sofort freigegeben werden.
2. Die Bewirtschaftung der Karioseins soll mit dem laufenden Wirtschaftsjahr ihr Ende erreichen.
3. Bei Brötgetreide soll vom 1. August 1920 ab grundsätzlich nur Wirtschaft eintreten. Sollte die Regierung diesem Standpunkt nicht beitreten können, so ist eine Art der Landbesetzung zu wesentlich erhöhen, den verteuerten Löhnen und Produktionskosten entsprechenden Grundpreisen durchzuführen.
4. Milch und Schubutter, soweit sie zur Verarbeitung der Kinder, Kranken und stillenden Mütter notwendig sind, sind durch Lieferungsverträge zu beschaffen.

Alle übrigen landwirtschaftlichen Produkte sollen vom 1. August 1920 ab frei werden. Die Verbände sind sich darüber einig, daß nur durch derartige Maßnahmen diejenige Förderung der Produktion erwartet werden kann, die für die Ernährung unseres Volkes unbedingt erforderlich ist. Den Schwierigkeiten, die durch die Preissteigerung für die Klassen der Beamten und Besoldeten, sowie die kleinen Reinters entstehen, ist dadurch Rechnung zu tragen, daß das Reich in ausreichender Weise diesen Schwächen finanziell zur Seite tritt. Maßnahmen gegen Streiks und Verkürzung der Arbeitszeit sind ebenfalls unbedingt erforderlich. — In einer Debatte stimmt die Fraktionsvertreter den Grundsätzen zu.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Gewalttaten der polnischen Besatzungstruppen.

Ullenstein, 20. Januar. (zu.) Hier treffen zahlreiche Zivilisten aus Soldau, Neidenburg und Neukastel ein, die vor den polnischen Besatzungstruppen flüchten. Sie berichten von unglaublichen Gewalttaten, die die Polen verübt haben, und erzählen, daß große Teile der Bevölkerung rücksichtlos vertrieben werden. Auch deutsches Militär trifft hier ein, dem die Polen sämtliche Ausrüstungsgegenstände mit Gewalt abgenommen haben.

Ein niederländischer Hilfszug nach Deutschland.

Haag, 20. Januar. (zu.) Der niederländische Hilfszug läuft unter der Führung des Kammermitgliedes Dr. Dreeschhuis am Mittwoch nach Deutschland. Es handelt sich um die Versorgung des neu gegründeten Kinderheimes Wilhelmschagen bei Berlin. Der Zug führt eine große Reihe von Waggons mit Kartoffeln, auch Wäsche und andere Gegenstände mit sich.

Erschütternde Kundgebungen der auszuliefernden Bevölkerung.

Meseritz, 20. Januar. (zu.) Wie der deutsche Volkerrat mitteilt, ereigneten sich anlässlich der Übergabe kein deutscher Grenzgebiete an die Polen längs der ganzen neuen Front ebenso ereignende wie erschütternde Kundgebungen der auszuliefernden Bevölkerung. Stadt und Land zeigten in immer erneutem Treuschwur dauerndes Festhalten am Deutschtum.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Karlsruhe, 19. Januar. Am Dienstag mittag wird das Eintreffen der ersten Gefangenenzüge aus Frankreich auf deutschem Boden erwartet.

Aus Zu- und Ausland.

Berlin. Wegen Streiks in Italien können Telegramme dorthin vorläufig nicht angenommen werden.

Aus Stadt und Land.

Blätterungen für das Land nehmen wir immer häufiger an.

Wilsdruff, den 20. Januar 1920.

— **Perschärfung der Kohlennot.** Die Kohlennot in Sachsen hat sich infolge des Streiks der Werkstättenarbeiter und infolge des Hochwassers verschärft. Sehr ungünstig auf die Zukunft hat es auch gewirkt, daß in den letzten Wochen die böhmischen Grubenarbeiter streikten. Es haben infolgedessen bereits lebenswichtige Betriebe vorübergehend still gelegen werden müssen.

— **Ende des Eisenbahnerstreits in Sachsen.** Auf Veranlassung des Präsidenten der Generaldirektion der sächsischen Staatsseilbahnen Dr. Mettig ist heute die Lohnkommission der sächsischen Eisenbahner zusammengetreten. Mit Rücksicht darauf ist von den Eisenbahnarbeitern in Zwickau heute die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter in Chemnitz und Leipzig haben beschlossen, morgen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Beamten haben überall erklärt, sich an einem Streik auf keinen Fall zu beteiligen.

— **Was wird künftig eine Eisenbahnfahrt kosten?** Das deutsche Eisenbahndepartement ist schon auf 4 Milliarden gestiegen, sodaß also in jedem Fall mit weiteren Tarifsteigerungen zu rechnen sein wird für Personen und für Frachten. Und werden noch weitere Fortsetzungen der Eisenbahner durchgesetzt, dann ist wohl bald der Zugverkehr für viele nur noch zum Ansehen da. Eine einfach

Reise Leipzig-Berlin steigt dann schließlich auf 50 Mark und noch höher. Wir sehn das auf alle Warenpreise wirken muß, ist leicht zu berechnen, es kann da keine Rendierung zum Verteilen kommen! Und besonders die Kohlenpreise. Selbst in denjenigen Gegenden, die Kohlereviere benachbart sind, ist der Brug schon mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Eine Produktionskontrolle erscheint nicht weniger nötig als in der Landwirtschaft.

— **Wegen 2000 verlorene Postorte.** Die Zahl der Postorte, die mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages abzutreten sind, beträgt gegen 2000. Sie und da wird die Zahl mit nur 1135 angegeben. Das ist jedoch ein Irrtum, der auf einem unvollständigen amtlichen Verzeichnis beruht. Dieses Verzeichnis berücksichtigt lediglich den Osten und Belgien. Der weitesten größte Teil der verlorenen Orte kommt zu Polen. Nach der Zahl der Orte kommt an zweiter Stelle der Freistaat Danzig, dann das Memelgebiet und Belgien. Auch die Tschecho-Slowakei erhält eine Anzahl deutscher Orte. Nicht erwähnt und nicht berücksichtigt ist in jenem Verzeichnis Elsass-Lothringen, so daß im ganzen weit mehr Orte sofort für immer verlorengehen. Dazu kommt noch eine große Anzahl von Orten, die durch die Abstimmung gefährdet sind.

— **Pünktliche Abholung von Militärrenten.** Empfänger von Militär-Verpflegungsgebühren (Penitenten, Renten und Unterliebhabenbezügen) werden an die pünktliche Abholung ihrer Gebührenisse am kommenden Hauptzahltag — 29. Januar — erinnert. Für die glatte Abwicklung des Rentenzahlgeschäfts bei den Postanstalten ist die pünktliche Abholung der Beiträge unbedingt notwendig. Empfänger, die zur Abholung am Hauptzahltag nicht in der Lage sind, werden dringend erzählt, unter allen Umständen die Beiträge spätestens noch im Februar — Monat Februar — abzuhaben.

— **Keine Befreiung der Lotterie von der Stempelabgabe.** Entgegen der früheren strengen Nutzung hat der Bundesrat (Reichsrat) während der Kriegszeit aus Billigkeitsrücksichten Befreiung von den auf eine Lotterie geschuldeten Reichstempelabgaben grundsätzlich dann gewährt, wenn die Lotterie während des Krieges gezogen wurde und ihr Erfolg unmittelbaren Zwecken der Kriegsfürsorge zu dienen bestimmt war. — Da die Kriegshandlungen seit über einem Jahr deiner sind und die unmittelbare Kriegsfürsorge der privaten Vereine und Anstalten wohl im allgemeinen als abgeschlossen gelten kann, ist angriffsweise der schwierigen Finanzlage des Reichs, wie die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei mitteilt, die Fortsetzung der milden Nutzung der Kriegszeit, die dem Reich bedeutende Steuereinzahlungen entziehen würde, nicht mehr zulässig. — Das Reichsfinanzministerium wird daher, wenn nach Inkrafttreten der Reichsabgabedrohung die Entscheidung über Gesuche um Befreiung vom Lotteriestempel zu seiner Zuständigkeit gehöre, für die nach dem 1. Januar 1920 bestehenden Lotterien Stempelabgabe grundsätzlich nicht mehr gewähren können.

— **Mohorn.** Am 17. Januar 1920 fand die zweite öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Der Gemeindevorstand erläuterte den Nachtrag zur Abänderung der Gründungsbeschränkung rückwirkend vom 1. Oktober 1919. Die Angelegenheit wurde dem Finanzausschuß überwiesen. Der Verkauf von Steinen aus dem hiesigen Gemeindesteinbruch an die Staatsseilbahn regelte sich dahin, daß nur Steine zu Packagern und Rohsteine abgegeben werden. Der Holzschlag auf dem Gemeindegrundstück am Viehhof gelangt Sonntag den 25. Januar zur Versteigerung. Einem Kündbrevier des Bezirksamt Saalhausen über Erhöhung der Verpflegsfähe wurde zugestimmt. Ferner erhielt der Gemeindevorstand Bericht über die am 7. Januar in Riesa abgehaltene Elektrizitäts-Großabnahmer-Versammlung Gröba-Riesa. Die Beschaffungsbehilfe für Erwerbslose hat für hier keine Anwendung, da die Ausführungsbestimmungen nicht erfüllt werden. Aus hiesiger Gemeinde werden auf die C-Karte 1½ Zentner Kartoffeln ausgegeben. Der Antrag auf Einstellung einer Gemeindepflegerin wurde einstimmig abgelehnt. Zu der am 3. Februar 1920 eingegangenen Einladung von der Triebischgenossenschaft zur Teilnahme an einer Versammlung in Dresden werden der Gemeindevorstand und Gem.-Mitglied Bennewitz als Vertreter der Gemeinde entsandt.

— **Neukirchen.** Am vergangenen Donnerstag nachmittag fand im hiesigen Gasthof eine Hauptversammlung des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins unter Vorsitz des Herrn Rittergutsbesitzer Wunderling statt, welche außerordentlich stark besucht war. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten ertrittete der Herr Vorsitzende dem Herrn Obstbauherrn Weißer aus Oberlöbnitz das Wort zu seinem Vortrag über Obstbaupflage. Der Herr Referent gab auf Grund reicher Erfahrungen und als erprobter Praktiker auf dem Gebiete der Obstbaupflage recht beherzigenswerte Worte. Namens der Versammlung entbot ihm der Herr Vorsitzende für seine vorzülichen Darbietungen herzlichen Dank. Im Anschluß daran fanden die Wahlen des Gesamtvorstandes des Vereins statt, der durch Zusammensetzung und Gem.-Mitglied Bennewitz als Vertreter der Gemeinde entsandt.

— **Dresden.** Elternräte der katholischen Volkschulen haben beschlossen, die schulpflichtigen Kinder zu Ostern auf keinen Fall in die städtischen (nichtkatholischen) Schulen einzumelden. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß durch die Reichsverfassung ihr Recht ausdrücklich geschützt wird, wonach sie Volkschulen ihres Bekanntheitss fordern können.

— **Dresden.** Montag am 19. Januar 1920 traf auf hiesigem Bahnhof ein Sonderzug aus Wien mit 600 Kindern ein, darunter etwa 100 reichsdeutsche, die auf der Fahrt nach Holland begriffen waren. Die vollständig untererwachsenen Kinder wurden von dem Landesauschluß der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen auf deutschem Boden begrüßt und gastlich bewirtet. Wie wir erfahren, werden im ganzen acht derartige Sonderzüge erwartet, die gleichzeitig erholungsbedürftige Kinder nach Holland und Dänemark bringen sollen.

— **Dresden.** Die Elbe fällt weiter, sodass der Pegel am Montag mittag noch einen Stand von 275 cm anzeigt.

— **Radebeul.** Der durch den Nachschuß unterstützten Ortspolizei gelang es, in einer der vergangenen Nächte zwei Einbrecher bei der Tat zu fassen. Ihnen waren bereits ein

Schwein, zwei tragende Hölzer, ein Kalb und acht Hühner zum Opfer gefallen. Zahlreiche bei den Einbrechern vorgefundenen Drittröte, Messer, Revolver und Taschenlampen ließen auf ihre gewerbsmäßige Tätigkeit schließen.

— **Mügeln bei Pirna.** Gestern früh ereignete sich kurz nach Arbeitsbeginn auf dem hiesigen Gaswerkgrundstück beim Bau des neuen Gasometers aus noch unausgeklärten Ursachen eine Explosion, bei der 16 Arbeiter verletzt wurden, davon die Hälfte schwer. Einer blieb kaum mit dem Leben davongekommen.

— **Blitau.** Großzügige Maßnahmen zur Hebung der Wohnungsnott haben die Stadtverordneten in der letzten Sitzung beschlossen. Sie bewilligten 1½ Millionen Mark zur Beschaffung von Material zum Bau von Wohnhäusern. Geplant ist die Herstellung von 8 Doppelhäusern in der Sachsenstraße mit 32 Arbeiterwohnungen und 5 Häusern in der Komturstraße mit 25 Beamtenwohnungen. — Ferner bewilligten die Stadtverordneten in der gleichen Sitzung noch 700000 Mark für Beschaffung eines neuen Generators für das Elektrizitätswerk, 70000 Mark für eine Benzolanlage und 12500 Mark für Straßenbauten.

— **Röhrwien.** Die Wahl der unbefohlenen Ratsmitglieder ist auf Veranlassung von mehreren Stadtverordneten von der Kreishauptmannschaft Leipzig für ungültig erklärt worden.

— **Merchau.** Eine Einwohnerin von Cressenhain hatte ihre Handtasche mit Inhalt (Portemonnaie, Lebensmittelkarten usw.) verloren. Der Finder sandte in einem umfrankierten Brief, der in Merchau abgestempelt war, die Lebensmittelkarten zurück. Wie auf einem Zettel ohne Unterschrift steht, habe er das Geld behalten, weil er ein armer Teufel sei und sich dafür etwas gekauft habe.

— **Meerane.** Zum Direktor des städtischen Orchesters wurde nach einem stadtgebundenen Probekonzert vom Stadtrat Musikdirektor Reichard aus Annaberg gewählt. Gemeldet hatten sich ca. 60 Bewerber. — Aus dem hiesigen Untersuchungsgericht sind zwei dort schon länger inhaftierte Einbrecher entflohen, welche nunmehr die Gegend unsicher machen dürfen.

— **Eger.** Wie wahnsinnig im Böhmerland die Preise auch infolge der Umsatzsteuer in die Höhe gehen, beweist die Tatsache, daß eine mittelgroße Zwiebel auf 2 Kronen zu stehen kommt.

Gößweiler.

Am vergangenen Sonntagnachmittag erfolgte im Sitzungssaale des Städtehauses zu Dresden die Gründung der „Landproduktionsgemeinschaft System Gößweiler für den Freistaat Sachsen“.

Wer ist Gößweiler? Was will sein System? Beide Fragen sind nicht eben leicht zu beantworten.

Vor dem Kriege war Herr Gößweiler ein kleiner Fabrikant in Schwarzenberg, der in seinen Unternehmungen keineswegs irgendwelche besonderen Erfolge aufzuweisen hatte. Der Krieg ward sein Glück. — Mit einer Findigkeit, die alle Anerkennung verdient, verstand er es, sich Heeresaufträge zu verschaffen und diese an einen weiten Kreis von Unterlieferanten zu verteilen, so daß er nach seinen eigenen Angaben bis zu 500 Unterlieferanten mit 30000 Arbeitern einen Jahresumsatz an Heeresbedarf von über 100 Millionen Mark aufzuweisen hatte. Es soll nicht verkannt werden, daß damit nicht nur ihm, sondern auch diesen kleineren Gewerbetreibenden geboten war, die froh waren, in schwerer Zeit Beschäftigung zu erhalten. Nur schade, daß dieser Erfolg Herrn Gößweiler offenbar ein wenig zu Kopf gestiegen ist. Er über sieht anscheinend völlig, daß es verhältnismäßig leicht war, in einer Zeit, in der von der Heeresverwaltung sozusagen jeder Preis bewilligt wurde, in der es nur darauf ankam, unter allen Umständen die Lieferung zu erhalten, in der ein Wettbewerb mit irgendwelchen Konkurrenten nicht in Frage kam, derartige finanzielle Erfolge zu erzielen, wie sie Herr Gößweiler während des Krieges aufzuweisen gehabt hat. Wenn er, berauscht von diesem Erfolg, meint, das gesamte individualistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem ablösen zu können durch eine „Internationale Vereinigung der Gößweileraner“ ohne Blick dafür, daß im freien Wettbewerb der Kräfte nach Wegfall der Ausnahmeverhältnisse der Kriegszeit (bevorzugte, geregelte Materialzuweisung, ständiger Riesenbedarf seitens eines einzigen zahlungsfähigen Abnehmers, höchste Verkaufspreise unter Ausschluß irgendwelchen Wettbewerbes) alle Voraussetzungen verschwunden sind, denen allein er seinen Erfolg dankt, so kennzeichnet sich schon dadurch Herr Gößweiler als der krause Kopf, dessen verworrener Plan einem allgemeinen Kopfschütteln begegnen.

Was Herr Gößweiler will? Die geläufige Gütererzeugung wie auch Güterverteilung soll unter staatlichem Schutz durch die Produktionsgemeinschaft des Herrn Gößweiler zwangsweise geregelt werden. Jede Fabrik soll nur herstellen, nichts weiter. Die Heranschaffung der Aufträge, die Beschaffung der Materialien, die Festlegung der Löhne und des Verdienstes des Unternehmers, der Vertrieb der Fabrikate, alles besorgt die Produktionsgemeinschaft Gößweiler. Sie ist die Hand, die die Einzelunternehmungen in Bewegung setzt gleich Marionetten, die an Fäden tanzen. Das Unternehmen ist nur noch rohe Kraft, das Hirn des Unternehmens, der Unternehmergeist, ist völlig ausgeschaltet. Damit zeigt Herr Gößweiler, daß er von dem Wesen und von der gewaltigen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens keine Ahnung hat. Wir können uns darauf beschränken, ihm das Wort des sächsischen Wirtschaftsministers, Herrn Schwarz, vor Augen zu halten:

„Wir brauchen zum Wiederaufbau das Privatkapital, die fachkundigen Unternehmer; denn nur diese haben im Auslande noch Kredit, nicht unser Staat. Wir brauchen auch die Hunderttausende von weiß- und sprachkundigen Kaufleuten, welche wieder hinausgehen müssen, um für unsere Industrie Rohstoffe und Absatz und damit Arbeit zu schaffen.“

Zur Verteidigung seines Systems hat Herr Gößweiler eine Rednung über Unstoffersparnis aufgestellt, die aber erwartungsvoll ist, daß die „Sächsische Industrie“ seinerzeit mit Recht schrieb: „Wer einen solchen Vergleich auf-

stellt, geht entweder auf absichtliche Irreführung aus, oder hat überhaupt noch keinen geordneten Bureaubetrieb zu sehen bekommen, in welchem ernstlich gearbeitet wird."

Der Mangel an Vertrauen, der sich in derartigen gewaltsamen Rechnungsaufstellungen entfaltet, trotz auch in der am Sonntag erfolgten "Gründung der Landesproduktionsgemeinschaft System Goßweiler für den Freistaat Sachsen" zugrunde, die von allem Merkwürdigen das Merkwürdigste war.

Merkwürdig genug war es schon, daß dieser Versammlung der Sitzungssaal im Ständehaus zu Dresden eingeräumt wurde. Ebenso merkwürdig, daß ein Geheimer Rat, Ministerialdirektor a. D. Heinrich, sich hatte bereitfinden lassen, den Präsidentenstuhl einzunehmen, und daß sogar Präsident Gräßendorf zu den Gründern zählt. Dieser Gründungsakt war ein vollkommenes Theater", so schrieben die Dresdner "Neuesten Nachrichten", und sie haben recht. Alles war Szene, und am Schlusse schüte nicht der Film-Operator, der die Teilnehmer des Gründungsaufstages beim Verlassen des Ständehauses ohne jedwede Rücksicht absprangte. Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, um die Hohlheit dieses angeblichen "Systems" offensichtlich werden zu lassen, so ist er in diesem an amerikanischen Humbug erinnernden Gründungsakt gegeben.

Man würde nach alledem ohne jede Erklärung vor diesem Gründungsakt als vor etwas Unsagbarem stehen, wenn nicht Steuerrat Lindig, der von seinen Umtagsgeschäften berlaubt worden ist (!), um die Wirkung des Goßweilerischen Produktionssystems zu erproben, in seiner Rede u. a. ausgeführt hätte, daß der Steuerpflichtigen das Recht eingeräumt werden müsse, durch Vorlegung von Anteilscheinen gemeinschaftlicher Produktionsgesellschaften "System Goßweiler" eine Stundung von Steuerbeiträgen in gleicher Höhe zu erhalten, um das Kapital, das auf diese Weise

der Beschlagnahmung entgehe, zur Schaffung neuer Werte zu verwenden. Diese Worte erklären vieles oder besser alles. Man darf eben nicht vergessen, daß die Millionen des Herrn Goßweiler Kriegsgewinne sind und darum von dem Schicksal bedroht werden, bis auf den verhältnismäßig kleinen Rest von 172000 Mark von dem Steuerzoll erfaßt zu werden. Daher erklären sich seine sonst unerklärlichen, an Verschwendungen grenzenden Millionenauwändungen für die Propagierung seines Systems. Müßte er doch diese Millionen ohnedies hingeben. Durch dieses System hofft er aber, nach den Worten des Steuerrates Lindig, wenigstens einen erheblichen Teil seines Kriegsgewinnes dadurch zu retten, daß sein Wunsch, das Kapital Goßweilerischer Produktionsgemeinschaften von der Steuer nicht erfaßt zu sehen, Erfüllung findet. Uller Wahrscheinlichkeit nach wird selbstverständlich dieser Wunsch ein stummer Wunsch bleiben. Aber doch gilt es, eine Warnungsaufzettel anzurichten; denn diese "Sächsische Produktionsgemeinschaft System Goßweiler" gibt Stammemissionen heraus, die schon in Höhe von 100 Mark erhältlich sind. Wer mancher könnte doch auf den allerdings etwas verzweifelten Gedanken kommen, auf diese Weise seinen Kriegsgewinn vor dem steuerlichen Zugriff zu retten. Darum sei recht nachdrücklich hervorzuheben, daß selbst in den nächstbeteiligten Kreisen das Vertrauen zu dieser Landesproduktions-Gemeinschaft doch sehr klein zu sein scheint, da Herr Goßweiler sich — gewiß zu seinem Schmerze — gezwungen gesehen hat, von dem Stammkapital in Höhe von 300000 Mark nicht weniger als 281000 Mark selbst zu übernehmen, obwohl zu den Gründern ein Geh. Kommerzienrat, ein Kommerzienrat, ein Ministerialdirektor a. D., ein Gesandter a. D. usw. gehören.

Mit einem Worte, dieser Gründungsakt, der in seiner Einladung als "bedeutungsvoll" bezeichnet wurde, war so

recht ein Bild unserer verworrenen Verhältnisse; denn zu welcher anderen Zeit wäre es möglich gewesen, ein Kind solch unseligen Denkens und partischem Selbstinteresse aus der Taufe zu heben. Jedenfalls ist uns noch nicht die Erleuchtung geworden, der die Welt die Worte des Herrn Goßweiler verkannt: "Ich muß an dieser Stelle aussprechen, daß alle diejenigen mit Blindheit geschlagen und von tierischem Egoismus besessen sind, die nicht die Einführung der Produktionsgemeinschaft Goßweiler verlangen."

Eingelandt.

Gibt diese Rubrik überwiegend wie nur die preußische Bezeichnung.

Betrachtungen eines Konzertbesuchers.

1. Zum Unverstehen von Gläsern,
 2. zum Erzählen von Lebenklügen,
 3. zum Schwippen über schlechte Zeiten,
 4. zum Aufziehen knarrender Vorhänge,
 5. zum Rücken von Tischen und Stühlen
- wähle man im Konzert möglichst Stellen im Piano oder Pianissimo (besser noch Solo), denn der verständnisvolle Hörer, der Musikleiter, vor allem die Aufführenden, die oft in wochenlanger Mühe sich auf diese Stunde vorbereiten, freuen sich unendlich, wenn in die schönen Töne der Ruf eines Gastes klingt: "Ae Lieches un d' Gaffel!" oder sonst ein ähnliches Geräusch die Stille lieblich unterbricht.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schmitz in Wilsdruff
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer i. R. Gärtn. für das
Inseratenfeld: Arthur Schmitz beide in Wilsdruff

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

vom Sächsischen Ministerium der Justiz zur Annahme von Münzgeldern im Falle des § 1808 des B. S.-B. ermächtigt.

Aktienkapital: 125 Millionen Mark - Reserven: rund 55 Millionen Mark.

Eröffnung von Scheck-Konten und laufenden Rechnungen.

An- und Verkauf, Beleihung und Verwaltung von Wertpapieren.

Vermietung von Stahlschrankfächer.

Beschaffung aller sonstigen bankmäßigen Geschäfte.

Potschappel, Tharandter Straße 13
(Goldener Löwe)

Fernsprecher Nr. III, Amt Deuben-Potschappel.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Depositenkasse Plauenscher Grund.

Kassenstunden: 9-1 Uhr.

Lindenschlößchen - Lichtspiele.

Mittwoch den 21. Januar abends 1/2 Uhr

Harry Higgs in Der Gast a. der 4. Dimension.

Sensations-Kriminal-Schauspiel in 5 Akten.

Reizende Musik.

Nachmittags 1/2 Uhr: Kindervorstellung.

Gasthof Sora.

Freitag den 23. Januar

Familienabend, verbunden mit Ball,
wozu von Stadt und Land freundlich eingeladen
Max Haubold und Frau.

Billig! Billig! Feldgrau Farbe

trifft in den nächsten Tagen aus Heeresbeständen ein und
gibt preiswert ab, solange Vorrat reicht!

Heinrich Rode, Grumbach.
Bitte sofort um Angabe Ihres Bedarfes.

Kurt Siering, Potschappel

Rossechläterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft

Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

M.-G.-V. Sängerkranz".

Mittwoch den 21. Januar

Jahres-Haupt- versammlung.

Tagesordnung:

Eingänge,
Jahresbericht,
Rassenbericht,
Ergänzungswahl,
Beschließenes.

Anfang pünktlich 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

zu höchstem Preise,

Stroh

Zentner 21 Pfund, kann

Louis Kühne,

Hofmühle.



Abnehmerkant:

Löwenapotheke Wilsdruff

Auf Platzsuche zu kaufen

gebr. Pianino

oder Klavier

Ang. an Anton Dülp

in der Geschäftsr. Bösch.

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800

800